

Hans Decruppe (DIE LINKE)

Haushaltsrede im Kreistag Rhein-Erft am 19.05.11

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Landrat,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

dies ist meine zweite Haushaltsberatung im Kreistag und mit großem Interesse habe ich verfolgt, an welchen Positionen der Haushaltsrede sich Kontinuität zeigt und wo Änderungen und Modifikationen zum Ausdruck kommen.

In Ihrer Rede vom 10.03.2011 hatten Sie – Herr Landrat – ausgeführt:

(ich habe es wortwörtlich mitgeschrieben, aber es steht nicht im veröffentlichten Redetext, darauf möchte ich hinweisen. – Aber es gilt ja das gesprochene Wort.)

„Verwaltung ist Vordenker“, sagten Sie und dieses Vordenken geschehe im „Dialog über die Haushaltspolitik“, es ginge Ihnen um „Dialogbereitschaft für Zielplanung.“

Ich zitiere das nicht, um dies zu kritisieren, sondern um diesen Dialog aufzunehmen.

Denn eines hat mich doch sehr verwundert, nämlich dass der Aspekt, der in Ihrer Haushaltsrede für 2010 eine zentrale Rolle spielte und gerade auch medial Beachtung fand, in der jetzigen Rede überhaupt keine Rolle mehr spielt:

Sie hatten davon gesprochen, die „geistigen Stadtmauern“ müssten fallen; es müsse zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit der kreisangehörigen Kommunen kommen, hierzu gebe es keine Alternative.

Wenn dem so war und ist, dann stelle ich jedoch mit Verwunderung fest, warum dieser – alternativlose – Aspekt der interkommunalen Zusammenarbeit in Ihrer diesjährigen Rede keine Erwähnung findet! Warum? fragt man sich zu Recht. Wie ist der Stand der Dinge?

Ist das Thema für Sie gescheitert? – Sind die geistigen Stadtmauern doch zu dick? – Oder war es nur Rhetorik und eine politische Eintagsfliege?

Das wäre zu bedauern, auch wenn ich natürlich genau weiß, dass hinter dem Ziel der interkommunalen Zusammenarbeit bei manchem nur das neoliberale Ziel der Haushaltskonsolidierung mittels Kürzungen und Personalabbau steht. Das lehnen wir als LINKE prinzipiell ab.

Statt kleinkariierter Krämerpolitik auf kommunaler Ebene muss es um Effizienz der Verwaltung im Interesse der Bürger/innen gehen, um Personal und finanzielle Mittel für die aktuellen großen Herausforderungen der Daseinsvorsorge zu gewinnen – und nicht zu verlieren. Und hier es geht es um zwei Aspekte: um ökologische Erneuerung und um soziale Sicherheit.

Um welche Herausforderungen der Daseinsvorsorge es u.a. geht, hat der Tag nach der Einbringung des Kreishaushalts gezeigt. Die Zeitenwende des 11.03.2011 – markiert durch die Atomkatastrophe von Fukushima – hat nicht nur den linken und grünen Kritikern der Atomkraft Recht gegeben sondern erfordert vor allem endlich Taten für eine ökologisch orientierte Energiepolitik.

Energie ist dabei eine zentrale Frage der Daseinsvorsorge vor Ort und das notwendige Umsteuern in der Energiepolitik muss deshalb wieder zu einem zentralen Thema der Kommunalpolitik werden.

Das Thema gehört daher in den Dialog über die Zielplanung auf kommunaler und auf Kreis-Ebene: von der Frage der Energie-Produktion, über die Verteilung und den Verbrauch bis hin zu sozialen Folgen – sprich den Preis für Energie, damit nicht wieder die kleinen Leute die Zeche für eine verfehlte Energiepolitik zahlen müssen.

Deshalb halten wir interkommunale Zusammenarbeit für wichtig und das Thema Energie gehört dabei oben auf die Tagesordnung, wenn es um diese Zusammenarbeit im Rhein-Erft-Kreis geht.

Die Stromnetze in Rhein-Erft gehören wieder einheitlich in kommunale Hand. Und die Stadtwerke gehören so aufgestellt, dass sie nicht nur Handel mit Strom betreiben sondern wieder zu Produzenten und zu Distributoren werden.

Es ist schön, dass wir in Rhein-Erft ein Energiekompetenzzentrum haben, aber das reicht nicht aus. Ich möchte, dass der Rhein-Erft-Kreis seinem Ruf als Energiekreis gerecht wird und dass dieser Ruf einen neuen Klang bekommt.

Wir brauchen beim Thema Energie eine interkommunale Zusammenarbeit unter Einbeziehung und aktiver Beteiligung der Bürger/innen und deshalb möchte ich die Gründung einer kreisweiten

Ökologischen-Energie-Genossenschaft (ÖEG Rhein-Erft)

vorschlagen. Hieran sollten sich die kreisangehörigen Gemeinden (z.B. mit ihren Stadtwerken) beteiligen können aber ebenso alle Bürger/innen im Rhein-Erft-Kreis, und zwar gleichermaßen als umweltfreundliche Produzenten/innen von Energie wie als Verbraucher/innen von Energie.

Das wäre nicht nur ein nachhaltiges Umsteuern in der Energiepolitik. Es würde Arbeitsplätze schaffen. Und die Wahl der Organisationsform der Genossenschaft würde gerade auch dem Gedanken des solidarischen Wirtschaftens gerecht.

Man darf Nachhaltigkeit – ein gern bedientes Schlagwort - nicht von Solidarität trennen, sonst wird jede Politik zwangsläufig unsozial.

Und weder Nachhaltigkeit und schon gar nicht Solidarität erreicht man mit dem Kürzen öffentlicher Haushalte. Auch dieser Kreishaushalt ist ja nicht ausgeglichen. Der Fehlbetrag wird durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage ausgeglichen. Aber was ist mit den Haushalten der nächsten Jahre? frage ich. – Hier vermisse ich jede Zielplanung, wie ein ausgeglichener Haushalt realisiert werden kann. Hier vermisse ich jedes Vordenken.

Die Krise des Finanzmarktkapitalismus ist doch keineswegs überwunden. Wer sich die ökonomischen Zahlen ansieht, stellt fest: Wir haben national einen Aufschwung – aber nur einen Aufschwung der Profite und der Vermögensgewinne – 13% im letzten Jahr. Bei den Arbeitnehmern/innen wird seit Jahren und auch in diesem Jahr nicht mal die Inflationsrate erreicht werden; d.h. Reallohnverlust. Und das globale Finanz-Casino ist wieder eröffnet. – Es wurde und wird mit den Finanzwerten, die von den Menschen in dieser Volkswirtschaft, also von uns, geschaffen werden, gegen ganze Länder und gegen den Euro spekuliert und damit in letzter Konsequenz gegen unser Land, gegen unsere Volkswirtschaft und damit auch gegen unsere Städte und Gemeinden. Dieser ökonomische Irrsinn muss gestoppt werden.

Hier muss bei den Profiten und Spekulationsgewinnen konsequent abgeschöpft werden zum Zwecke der Finanzierung der öffentlichen Haushalte und dabei besonders zur Finanzierung zugunsten der kommunalen Haushalte. Wir brauchen endlich eine Reform der Gemeindefinanzierung, die für eine stetige Einnahmesituation sorgt. Nur über die Verbesserung der Einnahmesituation - nicht durch Kürzen und Kaputtsparen – lassen sich die öffentlichen und kommunalen Haushalte dauerhaft konsolidieren.

Völlig ausgeblendet in Ihrer Rede – Herr Landrat – haben Sie die Erwerbslosen und Geringverdiener im Kreis und deren soziale Situation:

Dabei ist die Situation in Rhein-Erft unverändert schlecht; hier die Zahlen aus der amtlichen Statistik der Bundesagentur für Arbeit für Hartz-IV-Empfänger/innen:

Dezember 2006:	25.529 ALG II-Bezieher
Dezember 2007:	25.548 ALG II-Bezieher
Dezember 2008:	25.133 ALG II-Bezieher
Dezember 2009:	25.947 ALG II-Bezieher
Dezember 2010:	25.302 ALG II-Bezieher,

das ist eine stabile Quote von 8,3%.

Nicht mitgezählt in der Statistik sind die Langzeit-Erwerbslosen, die älter als 58 Jahre sind und damit aus dem Erwerbsleben gezielt aussortiert werden; nicht mitgezählt werden in der Statistik auch nicht diejenigen, die sich in demütigenden 1-Euro-Jobs oder in sinnlosen Qualifizierungsmaßnahmen befinden.

Wir hatten in Rhein-Erft – nach der offiziellen Statistik der Bundesagentur für Februar 2011 – 3.325 Menschen, die trotz Arbeit so wenig verdienen, dass sie Aufstockungsleistungen nach dem SGB II beziehen müssen.

Und die Zahl der Beschäftigten im sog. Niedriglohnbereich hat sich in Rhein-Erft vom Jahr 2000 bis zu Ende 2009 von 16,9 % auf 21,4 % erhöht. Ja Sie hören richtig: auf 21,4 %!

Das heißt: Mehr als jeder und jede fünfte Vollzeit-Arbeitnehmer/in im Rhein-Erft-Kreis arbeitet im Niedriglohnsektor; in absoluten Zahlen über 19.000 Menschen.

Und wenn wir schon dabei sind, dann sollten wir uns auch die Einkommenssituation der Jugendlichen und die der Frauen ansehen. Was meinen Sie: Wie hoch ist der jeweilige Anteil am Niedriglohnsektor in Rhein-Erft?

- Bei jugendlichen Vollzeitbeschäftigten bis zum Alter von 25 Jahren (ohne Auszubildende) sind es: 53,6 %.
- Und bei Frauen: 37,8 % und dabei sind die vielen teilzeitbeschäftigten Frauen und geringfügig – oder besser: gefügig – Beschäftigten gar nicht mitgezählt.

Diese Fakten – Armutslöhne und Lohndumping in Rhein-Erft - sprechen für sich, aber sie werden offensichtlich in diesem Haus nicht zur Kenntnis genommen – Konsequenzen sind nicht erkennbar, jedenfalls nicht in Ihrer Rede Herr Landrat!

Sie führen nur aus:

„Eine Besonderheit ist sicher der starke Wirtschaftsraum, der uns viele gute Optionen für die Zukunft bietet. Die Kommunen stellen sich den Herausforderungen, die Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze macht das deutlich.“

Nach der Qualität dieser Arbeitsplätze in Rhein-Erft, ob die Menschen von dem Lohn sich und ihre Familien ernähren können, und ob es auch im Alter reicht, danach wird nicht gefragt. Dabei geht es um wirkliche Nachhaltigkeit nämlich um soziale Nachhaltigkeit.

Sie sprechen das Problem ja auch an: Es geht um die Grundsicherung im Alter.

„Bei Einführung im Jahr 2003 betrug der Aufwand 4 Mio. Euro. Zum Haushaltsjahr 2011 rechnen wir hier (= bei der Grundsicherung im Alter) mit 16,9 Mio. Euro.“

sagen Sie in Ihrer Rede. Und wenn es um Zielplanung geht: Womit müssen wir in 5, 10 und 15 Jahren bei der Grundsicherung im Alter rechnen, Herr Landrat?

Ich sage es Ihnen:

Durch Erwerbslosigkeit, Hartz IV, befristete Jobs, Leiharbeit und Niedriglöhne wird ein System der nachhaltigen und zementierten Armut geschaffen. Armut wird an die Kinder vererbt. Aber vor allem die Massenarmut im Alter wird für die Gesellschaft – und auch für den Kreishaushalt in Rhein-Erft – zum sozialen Sprengstoff werden, wenn sich hier nichts Grundlegendes ändert.

Die Probleme sind bestens bekannt. Im Leitbild für die Verwaltung, das uns im Februar zur Kenntnis übersandt wurde, werden ja die reaktionären und asozialen Zukunftsvorstellungen des Herrn Opaschowski zitiert. Ich muss leider feststellen: sie werden kritiklos zitiert, z.B. das

„Paternoster-Prinzip: Einige fahren nach oben, aber viele nach unten – oder müssen auf halber Strecke aussteigen.“

oder

„Workingpoor und MC Jobber“.

als wären die dort beschriebenen Trends gottgegeben oder Naturgesetze, denen man unausweichlich ausgesetzt sei und denen man gesellschafts- und sozialpolitisch nichts entgegensetzen könne. Als wären die derzeitigen Trends der sozialen Spaltung der Gesellschaft nicht vorsätzlich politisch durch Gesetze – nicht Naturgesetze – in die Wege geleitet worden, durch parlamentarische Gesetze um die Besitzenden, die Reichen und Vermögenden zu bedienen und die arbeitenden Menschen, die kleinen Leute, die Arbeitnehmer/innen und die Erwerbslosen zu disziplinieren und zu schröpfen.

Und zu diesem Problemkreis der sozialen Spaltung, der Erwerbslosigkeit und nachhaltig zementierten Armut sagen Sie leider nichts. Hier steht Ihre Rede tatsächlich in der Kontinuität der letzten Rede.

Stattdessen wieder eine ganze Seite zum Thema „Landschaft“ und „Tourismus“ mit den Stichworten:

„Naturpark Rheinland“,
„Rhein-Erft Tourismus“,
"Renaturierung der Erft",
"Entdeckung der alten Römerstraßen",
„Mühlenverband“,
„Natur- und Landschaftsschutz“,
„großes Potential an Möglichkeiten, beim Wandern, Laufen, Radeln, Golfen, Reiten und Baden“
„Masterpläne RegioGrün" oder "Radregion Rheinland" usw.

Alles schön und gut, Herr Landrat. Aber wenn kein einziges Wort zu den Erwerbslosen, zur Armut und zur sozialen Situation im Kreis gesagt wird, dann stimmen weder das Leitbild der Verwaltung noch Ihre Zielplanung. Ein Vordenken zur Lösung der sozialen Probleme ist leider nicht zu erkennen.

Sie vergessen, dass der öffentliche Sektor eine besondere Verantwortung für die soziale Lage hat, auch und insbesondere was den Arbeitsmarkt angeht.

Ein Schritt des Rhein-Erft-Kreises, etwas gegen die gefährliche Ausbreitung des Niedriglohnssektors zu unternehmen, ist ganz klar zu sagen: Wir verzichten auf das Instrument der Ein-Euro-Jobs.

Und in die Überlegungen zur notwendigen Neukonzeptionierung der Wirtschaftsförderung sollte für Langzeiterwerbslose die Schaffung von regulären, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen in öffentlichen sowie öffentlich geförderten Wirtschaftssektoren mit entsprechenden Finanzierungskonzepten einbezogen werden.

Das wären endlich Schritte in die richtige Richtung.

Aber so wie es ist, bleibt uns nur, auf die genannten sozialen Defizite der Zielplanung hinweisen. Die Koordinaten ihrer Zielplanung stimmen nicht, Herr Landrat, und daher werden wir als LINKE dem Kreishaushalt nicht zustimmen.